

Europas Krisen und das Versagen des Journalismus

Posted on 21. Dezember 2022 by Bruchstücke Bot

Es geschah 2012 in Ballyhea, einem kleinen irischen Dorf auf dem Weg von Limerick nach Cork. Dort lehrte uns eine alte Dame eine wichtige Lektion über eines der Kernprobleme im vereinten Europa. Jeden Sonntagmorgen zogen die rund 100 erwachsenen Dorfbewohnerinnen und -bewohner mit Traktoren und Lautsprecher ihre Hauptstraße entlang, um gegen die Rettung der bankrotten irischen Banken zu protestieren. 64 Milliarden Euro Schulden hatte die irische Staatskasse bei den anderen Staaten der Eurozone und dem Internationalen Währungsfonds dafür aufgenommen. Und stellvertretend für Hunderttausende aufgebrachter Iren demonstrierte das gesamte Dorf mit großer Beharrlichkeit gegen diesen Freikauf der Gläubigerinnen und Pleitebanker auf ihre Kosten.

Erstaunlicherweise waren die Texte mehrerer Transparente auf deutsch verfasst und richteten sich kritisch an deutsche Adressatinnen und Adressaten. Darum fragten wir bei der freundlichen älteren Dame nach, die uns zunickte. Sollten die Iren den Deutschen nicht dankbar sein, dass diese Irland mit den Notkrediten vor der Staatspleite gerettet haben? Darauf hin schaute sie uns an, als seien wir nicht ganz bei Trost. „Sie haben uns gerettet? Nein!“, sagte sie und schüttelte energisch den Kopf. „Irland hat Europa gerettet. Bringen Sie das in Ihre Köpfe! Irland hat sich für die Schulden der Banken verbürgt. Das hat eure Banken gerettet und die Pleitewelle gestoppt. Irland hat Europa gerettet, und jetzt sollten wir dafür belohnt werden“, forderte sie unter lautem Applaus der Umstehenden. Sie hatte Recht.

Tatsächlich dienten die vermeintlichen Hilfskredite lediglich dazu, die privaten ausländischen (und da überwiegend deutschen) Gläubigerinnen und Gläubiger der ebenso privaten Geldhäuser auszuzahlen. Nur deshalb konnten die deutschen Banken nach Ausbruch der Krise im Jahr 2009 jene gut 100 Milliarden Euro wieder einkassieren, mit denen sie zuvor die irische Immobilienblase aufgepumpt hatten. Die damals frisch gewählte irische Regierung hatte eigentlich diese Kreditgeberinnen und -geber an den Verlusten beteiligen wollen. Doch das verhinderten die Direktoren der Europäischen Zentralbank. EZB-Präsident Claude Trichet drohte dem kleinen Irland im Namen der Finanzstabilität kurzerhand mit dem Rauswurf aus der Eurozone, und der Regierung in Dublin blieb keine Wahl. Die Iren hatten also allen Grund, gegen die aufgezwungene Verschuldung zu protestieren. Und mit ihnen genauso die Portugiesen, Spanier und Griechen, denen es ganz ähnlich ging (vgl. Schumann 2013, 2015).

Die Autorin und der Autor

Harald Schumann studierte Landschaftsplanung in Berlin. Seit 1983 arbeitet er als Journalist, unter anderem für die Tageszeitung (1984-86), den Spiegel (1986-2004) und seit 2004 für den Berliner Tagesspiegel. 2016

gründete er gemeinsam mit Elisa Simantke die Journalisten-Genossenschaft Investigate Europe. Er hat mehrere Bücher geschrieben, darunter „Die Globalisierungsfalle“ (1996), das Buch wurde in 24 Sprachen übersetzt. Er wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Immanuel-Kant-Preis für die Arbeit mit Investigate Europe über die Lobbymacht von Microsoft und mit dem Deutschen Fernsehpreis 2013 für den Dokumentarfilm „Staatsgeheimnis Bankenrettung“.

Elisa Simantke studierte Wirtschaft und Politik an der Universität zu Köln und Journalismus an der Journalistenschule Köln. Sie arbeitete von 2011 bis 2016 für den Tagesspiegel. Dort widmete sie sich ab 2014 europäischen Themen insbesondere der Griechenland-Krise. Für ihr multimediales Recherche-Projekt „Europoly“ über die Zwangsprivatisierung in den Krisenländern der Eurozone erhielt sie 2015 den Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus. Zusammen mit Peter Matjašić leitet sie Investigate Europe und ist verantwortlich für die redaktionelle Arbeit.

Aber davon haben die allermeisten Deutschen und anderen EU-Bürgerinnen und -Bürger außerhalb der Krisenstaaten nie etwas erfahren, und das bis heute. Denn in den Ländern der Kreditgeber mochte kaum eine Journalistin, kaum ein Journalist darüber berichten. Stattdessen war die

Berichterstattung geprägt vom Narrativ der vermeintlichen europäischen „Solidarität“. Damit vertuschte die Regierung Merkel in Deutschland, dass es sich – nach der Weltfinanzkrise 2008 – schon um die zweite Bankenrettung binnen drei Jahren handelte. Bald darauf deklarierten auch die Regierenden in Frankreich und den anderen Eurostaaten die mehreren hundert Milliarden Euro an Notkrediten als großzügige Hilfe. Dabei ging es doch in Wahrheit darum – im Verstoß gegen den Vertrag von Maastricht, der die gegenseitige Haftung der Mitgliedsländer für deren jeweilige nationale Staatsschulden ausschließt – die überschuldeten Krisenstaaten zahlungsfähig zu halten, um die eigenen Banken vor Verlusten und das Finanzsystem vor dem Zusammenbruch zu schützen. Aber diese Information blieben die meisten Zeitungen und Sender dieser Länder ihrem Publikum schuldig.

Nationale Perspektive statt europäischem Blick

Diesem Muster folgen Europas Medien seit Jahrzehnten: Immer wieder berichten sie über europäische Themen allein aus der jeweiligen nationalen Perspektive ihrer Sitzländer. Und das ist beinahe zwangsläufig irreführend. Die zunehmenden Anforderungen an die grenzüberschreitende Berichterstattung treffen zudem auf eine Branche, der mit dem Verlust der Werbeeinnahmen an das Duopol von Google und Facebook zusehends die wirtschaftliche Basis abhandenkommt. Die extreme Arbeitsverdichtung in den „Newsrooms“ zwingt viele Journalistinnen und Journalisten zu einer Art Fließbandarbeit, die kaum noch Recherche zulässt, und das erst recht nicht für europäische Themen, die wegen der Komplexität der EU-Politik zwangsläufig viel Zeit erfordern.

Gleich ob es um die EU-Gesetzgebung geht, um innereuropäische Konflikte oder auch nur um wichtige Entscheidungen in den jeweils anderen europäischen Ländern: Die große Mehrheit der damit befassten Journalistinnen und Journalisten folgt in der Berichterstattung den Klischees und nationalen Vorurteilen ihrer Heimatländer (vgl. Fengler und Kreutler 2020 zur EU-weiten Berichterstattung über Migration). Der Blick über den nationalen Tellerrand endet spätestens dann, wenn es vermeintliche oder tatsächliche nationale Interessen zu verteidigen gibt.

Das ist im Prinzip ein alter Hut. Seit je spiegeln Europas Medien die Machtstruktur im integrierten Europa - und in der EU haben vorrangig die nationalen Apparate das Sagen. Deren politische Repräsentantinnen und Repräsentanten stellen ihr Interesse am nächsten - nationalen - Wahlsieg und ihren persönlichen Machterhalt stets über das europäische Gemeinwohl. Und genauso berichten dann zumeist auch die Medien des jeweiligen Landes.

Das war schon immer irreführend, aber die Folgen waren begrenzt. Schließlich fielen die meisten politischen Entscheidungen in der Vergangenheit auf nationaler Ebene. Doch die drei Jahrzehnte des gemeinschaftlich geregelten Binnenmarktes und erst recht die 20 Jahre der gemeinsamen Währung haben die Mechanismen der Politik in der Europäischen Union radikal verändert. Die wirtschaftliche Integration durchdringt das gesellschaftliche Leben immer tiefer und unterwirft das politische Geschehen immer stärker den europäischen Zwängen. Die Völker der EU sind auf Gedeih und Verderb miteinander verflochten. Ganz gleich, ob es den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Regierungen gefällt oder nicht: Entweder gestalten sie ihre Zukunft gemeinsam, oder sie müssen ihre Länder aus dieser Verschmelzung lösen. Für Letzteres zahlen sie mit wirtschaftlichem Niedergang und politischer Marginalisierung - die Folgen des Brexit demonstrieren das nur allzu schmerzhaft.

Je weiter sich diese europäische Interdependenz entwickelt, umso gefährlicher wird es daher, wenn die Regierungen und in ihrem Gefolge die Medien im nationalen Kontext befangen bleiben. Das war während der Eurokrise in Deutschland archetypisch zu verfolgen.

Objektiv ging es bei der Bewältigung der Überschuldung in den fünf Krisenstaaten um einen Verteilungskonflikt zwischen den Steuerzahlerinnen und -zahlern der Eurozone auf der einen Seite und der Finanzindustrie (Banken, Versicherungen, Pensionsfonds) auf der anderen Seite.

Letztere hatten auf der Suche nach höherer Rendite den ungesunden Boom erst finanziert, mussten dann aber für ihre Fehlinvestitionen nicht haften, weil sie ‚systemrelevant‘ waren. Also wurde die Haftung auf die jeweilige Bevölkerung und über die Kredite indirekt auf alle Staatskassen der Euroländer umgelegt. Diesen Zusammenhang haben jedoch alle deutschen Qualitätsmedien weitgehend ignoriert.

Stattdessen beteiligten sie sich an der vom damaligen deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble und seinen europäischen Partnern betriebenen Schuldzuweisung an die Regierenden der Krisenstaaten, und das

häufig in aggressivem Ton ohne nähere Prüfung. Ausführlich berichteten sie über das Versagen der Griechen, Portugiesen und Spanier bei der Kontrolle ihrer Staatsausgaben. So konnte die damalige Kanzlerin Angela Merkel gänzlich unwidersprochen einfach behaupten: „Die Verschuldung war in einigen Ländern so hoch, dass die Investoren ihnen nicht mehr vertrauten und deswegen keine Anleihen dieser Länder mehr kauften. Die Zinsen schossen in die Höhe, die Länder konnten sich nur noch zu ruinösen Zinssätzen refinanzieren. In einer solchen Lage müssen die Defizite abgebaut werden, damit die Anleger wieder Vertrauen fassen.“ (SZ 2013) Die Tatsache, dass die Zinsen infolge der Sparprogramme erst recht anstiegen, weil diese die Rezession noch viel schlimmer machten, blieb praktisch unerwähnt.

Und erst recht unterschlugen fast alle Medien, dass es vor allem die deutschen Großkonzerne Thyssen, Rheinmetall, Siemens und Hochtief waren, deren Emissäre griechische Beamte bestochen hatten oder im Kartell operierten, damit Griechenland Rüstungsgüter und Infrastruktur kaufte, die sich das Land nicht leisten konnte. Dass die spanischen und irischen Immobilienblasen, die ja erst in die Überschuldung geführt hatten, überwiegend von deutschen Investoren finanziert worden waren, war den meisten Kolleginnen und Kollegen nicht mal eine Erwähnung wert. Selbst der Umstand, dass es die Deutsche Bank war, die als „lead manager“ griechische Staatsanleihen auch dann noch an ihre Kundinnen und Kunden vertickte, als die Überschuldung längst offenkundig war (bis kurz vor Ausbruch der Krise im September 2009), passte meistens nicht ins Bild.

Als dann die Griechen 2015 auch noch eine (linke) Regierung wählten, deren Premier und Finanzminister diese Wahrheiten offen aussprachen, kannten die Redaktionen in Deutschland kein Halten mehr. Von der *Tagesschau* bis zur *Süddeutschen Zeitung* beteiligten sich alle deutschen Qualitätsmedien an einer einzigartigen Rufmordkampagne gegen den griechischen Premierminister Alexis Tsipras, seinen Finanzminister Yanis Varoufakis und deren Regierung. Über Monate hinweg brachen sie dabei einen der wichtigsten ethischen Standards des Journalismus: Audiatur et altera pars – man höre auch die andere Seite. Auf der Basis von anonymen Quellen berichteten sie über die angeblichen Verfehlungen der Griechen bei den geschlossenen Sitzungen der Eurofinanzministerinnen und -minister und des Europäischen Rates. Oder sie gaben unhinterfragt Aussagen über den angeblichen „Vertragsbruch“ der Griechen wieder oder über ihre Weigerung, ein alternatives Sanierungsprogramm vorzulegen. Nichts davon stimmte, aber den Autorinnen und Autoren waren die Vorwürfe nicht mal einen Anruf bei der griechischen Vertretung in Brüssel oder Berlin wert. Das Recht zur Stellungnahme galt für Griechenlands Regierungspolitikerinnen und -politiker plötzlich nicht mehr (vgl. Otto und Köhler 2016, Otto et al. 2016).



Das gipfelte schließlich in einem Titel des *Spiegel* über „Unsere Griechen - Annäherung an ein seltsames Volk“, der mit einer kulturrassistischen Karikatur daherkam. Dort tanzte ein dickbäuchiger Grieche mit Schnauzbart und Schnapsglas in der Hand am Rande des Abgrunds und droht dabei den armen deutschen Michel und seine Euros mit ins Verderben zu ziehen. Mit der veränderten Titelzeile „Unsere Juden - warum sie immer wieder aufmucken“ überspitzten die Kolleginnen und Kollegen des Satiremagazins *Titanic* schon wenige Stunden später auf drastische, aber passende Art die Arroganz und die Pauschalisierungen deutscher Medien gegenüber der gesamten griechischen Bevölkerung. Ressentiments waren an die Stelle von Aufklärung getreten und wirkten wie Brandbeschleuniger einer Krise, die bis in die Gegenwart der 2020er Jahre ausstrahlt.

Im Fall der Staatsschuldenkrise in der Eurozone war das Medienversagen besonders heftig. Aber das war keineswegs ein einmaliger Unfall. Falsche und fehlende Berichte über europäische Themen und andere EU-Länder sind eher die Regel als die Ausnahme. So ging zum Beispiel die Berichterstattung über das Referendum zur Verfassungsreform und die Verkleinerung des aufgeblähten Parlaments in Italien im Dezember 2016 in fast allen deutschen Medien gründlich schief. Diese priesen wie etwa die *Tagesschau* das Vorhaben als „Mutter aller Reformen“ zur Sanierung Italiens. Aber sie unterschlugen, dass der damalige Premier Matteo Renzi mit dem Gesetzesvorschlag der jeweils führenden - und in dem Fall seiner eigenen - Partei 15 Prozent mehr Stimmen im Parlament verschaffen wollte, als es dem Wahlergebnis entsprochen hätte. Das empfanden viele in Italien als Anschlag auf die Demokratie und stimmten mehrheitlich dagegen (Maggiore 2016). Dieses Motiv blieb hierzulande praktisch unerwähnt. Für das deutsche Medienpublikum schien es daher, als hätten die chaotischen Italiener mal wieder eine Chance verworfen, ihren Staat ordentlich zu organisieren.

Der Beitrag ist entnommen aus Otto Brenner Stiftung (Hrsg.) (2022): *Welche Öffentlichkeit brauchen wir? Zur Zukunft des Journalismus und demokratischer Medien*. Das Buch ist als Download und (kostenlos) als

gedrucktes Exemplar bei der [Otto Brenner Stiftung](#) zu bekommen.

Keine deutsche Spezialität

Auch über die hartnäckige Neigung unserer polnischen Nachbarinnen und Nachbarn, die nationalistische PiS-Partei an der Macht zu halten, erfährt das deutsche Medienpublikum meist nur die halbe Wahrheit. Gewiss, die Politik der Regierungspartei PiS ist frauenfeindlich und höhlt den Rechtsstaat aus, das ist allenthalben zu lesen oder zu hören. Aber nur sehr selten erfahren Zuschauerinnen und Leser, dass die liberale Vorgängerregierung unter Führung des heutigen Oppositionsführers Tusk über viele Jahre mit ihrer marktradikalen Politik große Teile der Bevölkerung von den enormen wirtschaftlichen Gewinnen des Landes ausgeschlossen hat. Gegen die massenhafte Prekarisierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzte die nationalistische Partei die Einführung eines Kindergelds und sozialstaatliche Reformen, die vielen Polen erhebliche materielle Verbesserungen brachte. Darum haben sie gute Gründe, der Opposition zu misstrauen – und nehmen die antieuropäischen Ausfälle von Parteichef Jarosław Kaczyński und seiner Truppe in Kauf.

Aber die verzerrte Darstellung der Vorgänge in anderen EU-Staaten ist keine deutsche Spezialität. In Frankreich ergingen sich Journalistinnen und Journalisten aller Couleur jahrelang darin, das „deutsche Wunder“ am Arbeitsmarkt zu preisen und forderten darum, nach dem vermeintlichen Vorbild von der anderen Rheinseite auch in Frankreich den Schutz der Beschäftigten vor Kündigung abzuschaffen. Dass die deutschen Hartz-Reformen nichts am regulären Kündigungsschutz geändert haben, ging dabei völlig unter. Selbst der damalige Chefökonom des französischen Arbeitgeberverbandes wusste das nicht, wie er auf Nachfrage zugab.

Erst recht „vergaßen“ die französischen Kolleginnen und Kollegen zu recherchieren, dass nicht die Hartz-Reformen in Deutschland die Arbeitslosigkeit niedrig halten, sondern die Kombination aus Kurzarbeit und tariflich vereinbarten flexiblen Arbeitszeiten. Diese erlauben es deutschen Unternehmen, ihre Arbeitskräfte auch in Krisenzeiten weiter zu beschäftigen.

Ein Europa ohne europäische ‚Vierte Gewalt‘

Die unkritische Wiedergabe nationaler Klischees und interessengeleiteter Narrative geht vielfach einher mit einem erschütternden Desinteresse an der EU-Gesetzgebung und großer Unkenntnis über die Arbeit der europäischen Institutionen. In der Folge betreiben die EU-Staaten einen ganzen Strauß von politischen Maßnahmen ohne jegliche journalistische Prüfung – die ‚vierte Gewalt‘ kommt ihrer Pflicht zur Kritik und Kontrolle der Mächtigen auf europäischer Ebene nicht nach. Ein Beispiel dafür war über lange Jahre die

Politik zur ‚Stärkung der EU-Außengrenzen‘. Dabei handelte es sich in erster Linie um eine milliardenschwere Subventionsbonanza für die Rüstungs und Elektronikindustrie, mit der diese sich die Entwicklung ihrer neuesten Überwachungs- und Kontrolltechnologien auf Kosten der EU-Steuerzahlerinnen und -zahler finanzieren ließ, ohne dass irgendein messbarer Nutzen zum Grenzschutz daraus entstand. Das geht einher mit gravierenden Interessenkonflikten in den zuständigen Expertengremien, deren Mitglieder vielfach mit den Subventionsempfängern verbunden sind (Schumann und Simantke 2016).

Die mangelnde Kenntnis von und das mangelnde Interesse an den politischen Prozessen auf EU-Ebene führen EU-weit dazu, dass Aussagen von Politikerinnen, Funktionären und Regierungen zu EU-Themen völlig ungeprüft Eingang in die Berichterstattung finden. Ein typischer Fall ist der Umgang der schwedischen Medien mit dem Vorschlag der EU-Kommission zur verpflichtenden Einführung von Mindestlöhnen. Die dortigen Tarifpartner und mit ihnen die Regierung lehnen das aus Prinzip ab, weil sie eine Einmischung der EU in die nationale Lohnfindung fürchten. Dementsprechend zitiert dann Dagens Nyheter, immerhin die führende Zeitung des Landes, die Arbeitsministerin und einen Vertreter des Unternehmerverbandes mit der Behauptung, dass die Richtlinie Länder mit umfassenden Tarifvertragssystemen (wie Schweden) nicht ausschliesse. Tatsächlich aber heißt es in dem Gesetzentwurf ausdrücklich: „Diese Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, in denen der Mindestlohnschutz ausschließlich tarifvertraglich geregelt ist, weder zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns noch zur flächendeckenden Einführung von Tarifverträgen.“ (Europäische Kommission 2020) Die befassten Reporterinnen und Redakteure sahen es offenbar nicht als notwendig an, den Text überhaupt zu lesen und verbreiteten diese Falschmeldung, die die Ablehnung der EU-Initiative verstärkte. In der Konsequenz trugen die Medien dazu bei, dass die Ausbeutung in Ländern ohne angemessene Mindestlöhne wie Bulgarien oder Rumänien ungebrochen weiterläuft, da sie die Blockadehaltung ihrer Regierung in Brüssel förderten.

Keine öffentliche Kontrolle

Noch schwerer wiegt, dass die Medien EU-weit kritiklos die vordemokratische Praxis der nationalen Regierungen tolerieren, ihre Verhandlungen über die Gesetzgebung im Rat der EU und seinen mehr als 150 Ausschüssen geheim zu halten. Derart der öffentlichen Kontrolle entzogen, können die Regierungen dort mehr oder weniger machen, was sie wollen.

Beispielhaft steht dafür das Schicksal des Gesetzes, welches transnationale Unternehmen zwingen sollte, öffentlich über ihre Steuerzahlungen, Umsätze und Beschäftigtenzahl differenziert nach einzelnen Staaten zu berichten. Mit diesem Gesetz plante die EU-Kommission seit 2015 die Steuervermeidung der großen Konzerne sichtbar zu machen und sie damit unter Druck zu setzen, die Steuern dort zu zahlen, wo sie die Gewinne erwirtschaften – und nicht in Steuerfluchtländern wie Irland, Luxemburg oder den Niederlanden

beziehungsweise deren angeschlossenen Operettenstaaten in der Karibik. Diese Steuervermeidung kostet die Staatskassen der EU-Länder nach Schätzung der Kommission bis zu 70 Milliarden Euro im Jahr, das entspricht fast der Hälfte des jährlichen EU-Budgets.

Der Vorschlag hing jahrelang im Rat fest, weil eine Sperrminderheit von 13 Staaten die Verabschiedung gegen den Willen der großen Mehrheit des EU-Parlaments verhinderte. An der Spitze dieser Allianz stand die deutsche Bundesregierung. Das immerhin berichteten deutsche Medien korrekt. Aber welche weiteren Regierungen mit den Deutschen gemeinsame Sache machten, dieser Frage ging niemand nach. Und ohne journalistische Intervention wäre das auch bis heute so geblieben. Erst als der grüne EU-Parlamentarier (und jetzige Wirtschaftsstaatssekretär) Sven Giegold gemeinsam mit Investigate Europe (einem europäischen Recherche-Team, dem auch Autorin und Autor dieses Beitrages angehören) publik machte, dass auch die Sozialdemokraten aus Portugal und Schweden entgegen ihre programmatischen Versprechungen das Spiel der Konzernlobby spielten, kam Bewegung in die Sache (vgl. Melchior et al. 2020). Unter dem Druck seiner eigenen Parteifreunde im Parlament, die sich auf die Presseberichte bezogen, musste Portugals Wirtschaftsminister seine Position ändern. Später folgte das österreichische Parlament dem portugiesischen Vorbild und im Mai 2021, sechs Jahre nach Einbringung des Gesetzentwurfes, verhalfen Rat und EU-Parlament ihm schließlich zu Gesetzeskraft.

The screenshot shows the Investigate Europe website interface. At the top left is the logo 'E Investigate Europe'. On the top right, there are navigation buttons: 'RECHERCHEN', 'MAGAZIN', 'NEWSLETTER', and 'SPENDEN'. The main content area features a large article header for 'Dezember 2022' with the sub-header 'UNTAXED'. The main title is 'Wie EU-Regierungen mit ihrer Steuerpolitik die Wohnungskrise antreiben'. Below the title is a short summary: 'Europas Regierungen gewähren Immobilieninvestoren massive Steuervorteile. Diese Politik führt zu massiven Überinvestitionen im Immobiliensektor, rasant steigenden Mietpreise und treibt die Wohnungskrise so weiter an.' A link 'VOLLSTÄNDIGE RECHERCHE HIER LESEN' is provided. The background of the article header features an illustration of hands holding a red cone and a small building. Below the article header is a secondary banner for 'September 2022' with the sub-header 'FUELLING WAR' and an illustration of a man's face. At the bottom of the page, a red banner contains the text 'Bleiben Sie auf dem Laufenden über unsere Recherchen! Abonnieren Sie unseren Newsletter.' and a button 'ANMELDEN!'.

Screenshot: Website [Investigate Europe](https://investigate-europe.org/)

Nicht jedes Mal findet die Sache ein vergleichbar gutes Ende. So scheitern viele wichtige Gesetze im Rat an einer von geschickten Lobbygruppen organisierten Sperrminorität, ohne dass die EU-Bürgerinnen und -Bürger davon auch nur ein Wort erfahren. Natürlich liegt die Hauptschuld dafür bei den nationalen Regierungen beziehungsweise den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die ihren Ministern und Beamtinnen in Brüssel unkontrolliert freie Hand lassen. Aber eine wache und kritische journalistische Begleitung der EU-Politik und insbesondere der Hinterzimmergesetzgebung in den Ratsgremien würde diese Praxis erheblich erschweren und den nötigen Reformdruck für mehr Transparenz erzeugen.

Solange das nicht geschieht, werden die Europäerinnen und Europäer ständig falsch oder gar nicht über die europäischen Zusammenhänge informiert. Das aber macht es Populistinnen und Antieuropäern leicht, die EU-Bürgerinnen und -Bürger gegeneinander und zunehmend auch gegen die EU und deren Institutionen aufzubringen.

Mit anderen Worten: Die Medien und ihre nationale Borniertheit sind selbst ein Teil des Problems, das gemeinhin verharmlosend das „demokratische Defizit“ der EU genannt wird. Das schadet letztlich auch der journalistischen Profession, völlig unabhängig vom individuellen Standpunkt. Je schwächer und undemokratischer die EU regiert wird, umso stärker werden die politischen Kräfte aus dem autoritären und autokratischen Lager, denen die Pressefreiheit ohnehin ein Ärgernis ist.

Wege aus der Krise

Um der Misere zu entkommen, ist es notwendig, bei der Berichterstattung über Vorgänge in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Frage nach dem europäischen Kontext zum verpflichtenden Standard zu machen. Ein erster wichtiger Schritt wäre, dass kein Journalistenschüler und keine Volontärin ihre Ausbildung beenden sollten, ohne wenigstens die Funktionsweise der EU-Institutionen und der zugehörigen Gesetzgebungsvorgänge gelernt zu haben. Bisher können selbst viele Politikjournalistinnen und -Journalisten nicht einmal den Unterschied zwischen dem Europäischen Rat, dem Europarat und dem Rat der EU erklären.

Noch wichtiger ist, dass die Medienarbeiterinnen sich systematisch mit den Kollegen anderer Länder in Europa vernetzen. Das bisherige System mit Korrespondentinnen oder schnellen Reportereinsätzen wird den Anforderungen einfach nicht mehr gerecht. Die (häufig wechselnden) Korrespondenten haben zumeist weniger Zugang zu den Machtstrukturen ihrer Gastländer, als die lokalen Journalistinnen sich dort schon im ersten Berufsjahr erarbeiten können. Um Missverständnisse und Falschberichterstattung zu verhindern, sollten darum gerade die für ein bestimmtes Land zuständigen ‚Tischredakteure‘ in den heimischen Newsrooms Kolleginnen und Kollegen in den jeweils anderen Ländern kennen, die sie jederzeit um eine kurze Einschätzung strittiger Vorgänge bitten können und die ihnen kompetente Gesprächspartnerinnen und -

partner vermitteln. Auf diesem Weg können alle Redaktionen (informelle) europäische Teams aufbauen, die sich gegenseitig die Bälle zuspielen und vor Fehlern bewahren.

Das gilt natürlich erst recht für die Brüsseler Presseszene. Bis heute ist es so, dass sich die dortigen Korrespondenten in erster Linie von den Sprecherinnen der Institutionen sowie den Strippenziehern der jeweiligen nationalen „Ständigen Vertretungen“ briefen lassen, wie die EU-Botschaften heißen. Würden sie dagegen multinationale journalistische Teams bilden, die sich systematisch gegenseitig unterrichten, würden sie beinahe automatisch erkennen, wo die vermeintlich nationalen Interessen dem europäischen Gemeinwohl entgegenstehen.

Darüber hinaus bedarf es aber ganz grundsätzlich weit mehr genuin europäischer Berichterstattung an sich. Die ist allein mit den bestehenden Medienstrukturen nicht zu haben. „Europa, das interessiert die Leser nicht“, diese traditionelle Einstellung ist immer noch weit verbreitet, vor allem bei älteren Chefredakteuren und Ressortleiterinnen. Darum sollten die Pro-Europäer aller Parteien ernsthaft die Entwicklung eines öffentlich-rechtlich finanzierten europäischen Journalismus erwägen.

Quellen

Die Links wurden am 11. Juli 2022 zuletzt überprüft.

Europäische Kommission (2020, 28. Oktober). Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020PC0682&from=DE>

Europäische Kommission (2021, 29. November). EU-Kommission unterstützt Aufbau eines Europäischen Newsrooms. https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-unterstuetzt-aufbau-eines-europaischen-newsrooms-2021-11-29_de

Fengler, S., & Kreutler, M. (2019). Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung. Maggiore, M. (2016, 24. November). The Italian dilemma. Investigate Europe. <https://www.investigate-europe.eu/en/2016/the-italian-dilemma/>

Melchior, S., Pena, P., & Schumann, H. (2020, 16. September). Im Schatten der Konzerne. Investigate Europe. <https://www.investigate-europe.eu/de/2020/im-schatten-der-konzerne/>

Otto, K., & Köhler, A. (2016). Die Berichterstattung deutscher Medien in der griechischen Staatsschuldenkrise. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=7534

Otto, K., Köhler, A., & Baars, K. (2016). „Die Griechen provozieren!“ – Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.

Schumann, H. (2013, 24. Februar). Eurokrise. Staatsgeheimnis Bankenrettung. Tagesspiegel. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/eurokrise-staatsgeheimnis-bankenrettung/7826402.html> Schumann,

H. (2015, 24. Februar). Eurokrise. Die Troika: Macht ohne Kontrolle. Tagesspiegel.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/eurokrise-die-troika-macht-ohne-kontrolle/11406286.html>

Schumann, H., & Simantke, E. (2016, 10. Dezember). Sicherheitspolitik. Europa plant den Überwachungsstaat.

Tagesspiegel. <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/sicherheitspolitik-europa-plant-den-ueberwachungsstaat/14956574.html>

SZ (2013, 2. Juli). Bundeskanzlerin Merkel im Europa-Interview: „Wir werden im Laufe der Jahre nicht an weiteren Vertragsänderungen vorbeikommen“. Süddeutsche Zeitung. <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeskanzlerin-merkel-im-europa-interview-es-darf-keine-verlorene-generation-geben-1.1710852-3>

- [E-Mail](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)
- [teilen](#)

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein ...

Abonnieren